Haushaltsrede von Oberbürgermeister Maximilian Friedrich
anlässlich der Einbringung des Haushalts

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte,
werter Herr Erster Bürgermeister Stefan Setzer mit den Dezernenten Regine Wüllenweber und Timo Mäule sowie allen Amtsleiterinnen und Amtsleitern und den Vertretern der Stabsstellen,
verehrte Vertreter der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

schwierige Haushaltslagen brauchen Zeit – und vor allem nachvollziehbare Erklärungen. Deshalb bitte ich Sie heute um etwas Geduld, denn die anstehenden Entscheidungen verdienen es, ausführlich erläutert zu werden.

I. Die Kommunen als Orte der Wirklichkeit

ob unser Staat funktioniert, erleben die Menschen nicht zuerst in Berlin oder Stuttgart. Sie erleben es hier bei uns in Backnang: wenn morgens die Kita öffnet, Kinder in einer gut ausgestatteten Schule lernen, die Feuerwehr im Notfall zur Stelle ist und Straßen und Brücken sicher sind. Für die Menschen ist zunächst zweitrangig, welche staatliche Ebene eigentlich zuständig ist. Sie erwarten zu

Recht, dass staatliches Handeln funktioniert. Ein kommunaler Haushalt ist deshalb mehr als eine Zusammenstellung von Einnahmen und Ausgaben. Er ist ein Versprechen, dass wir Verantwortung übernehmen und unsere Stadt handlungsfähig halten. Dieses Versprechen einzulösen, wird schwieriger. Die kommunalen Finanzen befinden sich in einer strukturellen Krise. Baden-Württembergs Kommunen verzeichneten 2025 ein Defizit von 4,4 Milliarden Euro. Allein im ersten Quartal 2026 kamen 1,8 Milliarden Euro hinzu. Das ist kein Problem einzelner Städte, sondern ein grundsätzliches Problem unseres Staates. Auch Backnang trifft diese Entwicklung mit voller Wucht. Zu steigenden Kosten, zusätzlichen Aufgaben und einer höheren Kreisumlage kommt ein erheblicher Rückgang der Gewerbesteuer hinzu. Unser Haushaltsentwurf 2027 weist deshalb einen Fehlbetrag von rund 12,6 Millionen Euro aus. Noch können wir ihn aus Rücklagen ausgleichen. Doch nach derzeitigem Planungsstand könnten diese Mittel im Jahr 2028 aufgebraucht sein. Wir müssen weiterhin entschlossen gegensteuern. Bund und Land beschließen neue Aufgaben und höhere Standards. Die Umsetzung liegt häufig bei uns

Kommunen und die Finanzierung ist leider allzu oft dann ebenfalls unser Problem. Ein neuer Rechtsanspruch schafft noch keinen zusätzlichen Erzieher oder saniert bzw. erweitert noch kein Schulgebäude. Deshalb gilt: Wer bestellt, bezahlt. Aber es wäre zu einfach, nur nach Berlin oder Stuttgart zu zeigen. Dieser Haushalt geht einen anderen Weg: er setzt klare Prioritäten und steht für Verantwortung und Zukunftssicherung. Wir werden nicht mehr jede Erwartung erfüllen können. Vielmehr müssen wir den Menschen erklären, welche Leistungen wir künftig noch erbringen können und welche nicht, um die Handlungsfähigkeit der Stadt dauerhaft zu erhalten. Und wir müssen darlegen, welche – teilweise schmerzhaften – Entscheidungen hierzu notwendig sind. Das schulden wir unserer Bürgerschaft. Ein „weiter so!“ wird es nicht geben können, wenn wir das Ziel der Generationengerechtigkeit ernst nehmen!

II. Konsolidierung: Ein gemeinsamer Kraftakt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

über das Sparen lässt sich leichter sprechen als darüber, wo konkret gespart werden soll. Wir haben uns dieser Aufgabe gestellt: in Arbeitskreisen, in der Haushaltsstrukturkommission und bei unserer gemeinsamen Klausurtagung. 204 Positionen wurden geprüft; daraus entstanden 95 Empfehlungen. Allein die zusätzlichen Maßnahmen aus der Klausurtagung verbessern den Haushalt 2027 um rund 1,6 Millionen Euro – zusätzlich zu den bereits beschlossenen Einsparungen in der Vergangenheit. Bei den Sach- und Dienstleistungen konnten wir die Ansätze um mehr als 600.000 Euro senken. Hinter den Zahlen stehen aber auch Einschnitte, verschobene Vorhaben und schwierige Entscheidungen. Ich danke dem Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die sorgfältige Prüfung der Vorschläge. Dabei dürfen heutige Einsparungen nicht die Probleme von morgen schaffen. Gerade bei unseren Kitas und Schulen ist besonders Augenmaß erforderlich. Gleiches gilt für die Unterhaltung unserer Gebäude. Wir dürfen keinen neuen Sanierungsstau aufbauen. Denn es spielt am Ende keine Rolle, ob wir Schulden in Euro oder in Beton haben. Wenn wir heute notwendige

Instandhaltung unterlassen und morgen ein Vielfaches für die Sanierung zahlen, ist das keine nachhaltige Konsolidierung. Wir sparen dort, wo es verantwortbar ist – und investieren dort, wo es notwendig bleibt. Unser Anspruch muss sein, auch den kommenden Generationen eine funktionierende Infrastruktur zu hinterlassen.

III. Verschuldung begrenzen und finanzielle Spielräume erhalten

Meine Damen und Herren,

trotz aller Einsparungen bleibt die Lage angespannt. Wir wollen die Neuverschuldung so weit wie möglich begrenzen und den Rückgriff auf Trägerdarlehen vermeiden oder zumindest reduzieren. Denn Schulden werden nicht kleiner, wenn wir sie nur von einem Haushalt in einen anderen verschieben. Zusätzliche Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger wollten wir stets vermeiden. Jetzt reichen unsere eigenen Einnahmen trotz erheblicher Sparanstrengungen nicht mehr aus. Insbesondere die zusätzliche, leider aufgrund der

unsäglichen Klinik-Reform erforderliche Erhöhung der Kreisumlage sowie die schlechte Steuerkraftentwicklung in Baden-Württemberg verschärfen unsere finanzielle Lage nochmals. Damit führt an einer Erhöhung der Grundsteuer kein Weg mehr vorbei, die es ohne die GKV-Reform und ohne den Aufwuchs der Kreisumlage nicht gebraucht hätte! Die Gewerbesteuer zu erhöhen wäre aus meiner Sicht in wirtschaftlich unsicheren Zeiten das völlig falsche Signal, die Sicherung der örtlichen Arbeitsplätze und die Unterstützung unserer Unternehmen ist hingegen das zentrale Gebot der Stunde. Deshalb sieht der Entwurf 2027 als nun zu vollziehende Ultima Ratio eine Erhöhung der Grundsteuer auf ein interkommunal vergleichbares, durchschnittliches Niveau der Großen Kreisstädte des Rems-Murr-Kreises vor, die sich zudem an der Inflation seit der letzten Anpassung im Jahre 2020 orientiert; ergänzend ist eine Zweitwohnungssteuer geplant. Ich weiß, dass eine höhere Grundsteuer für viele Menschen eine zusätzliche Belastung bedeutet. Aber Verantwortung bedeutet nicht, nur Entscheidungen zu treffen, für die man Applaus bekommt. Verantwortung bedeutet, auch dann zu handeln, wenn es unbequem wird. Steffen Jäger, der

Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, hat beim Fellbacher Herbst einen treffenden Satz formuliert: **„**Wenn immer mehr Rathäuser ihre Haushalte nicht mehr aus eigener Kraft ausgleichen können, ist das nicht die Geschichte von tausend Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die plötzlich das Rechnen verlernt haben**.“** Genau darum geht es: Die kommunale Finanzkrise ist kein Versagen einzelner Städte und Gemeinden. Wir müssen die finanzielle Wirklichkeit anerkennen und Konsequenzen ziehen – auch wenn uns diese Entscheidungen einiges abverlangen. Nur so sichern wir die Funktionsfähigkeit der Stadt und letztlich einen genehmigungsfähigen Haushalt. Eine erhebliche Belastung bleibt die Kreisumlage. Mit dem angesetzten Hebesatz von 37,2 Prozent gehen wir im Vergleich des Ansatzes des Landkreises mit 37,9 Prozent bewusst ins Risiko.

Dabei erkennen wir ausdrücklich die Konsolidierungsanstrengungen des Landkreises an. Die Haushaltsstrukturkommission des Kreises hat Einsparungen von rund 13,2 Millionen Euro erarbeitet. Doch Landkreis und Kommunen leiden unter derselben strukturellen

Finanzkrise. Deshalb müssen alle Ebenen ihre Einsparmöglichkeiten ausschöpfen und die finanziellen Lasten fair verteilen. Wir erwarten deshalb auch vom Landkreis weiterhin eine konsequente Konsolidierung und die Weitergabe finanzieller Verbesserungen an die Städte und Gemeinden. Wir erwarten aber auch von der Politik in Bund und Land, dass sie die strukturellen Themen unseres Landes anpackt und nicht einseitig die Belastungen auf die kommunale Ebene verschiebt wie bei der GKV-Reform mit erheblichen zusätzlichen Belastungen für unsere Kliniken. Es wird nicht funktionieren, wenn der Landkreis seine Haushaltsprobleme löst, indem er die Probleme seiner Kommunen vergrößert. Wir sitzen gemeinsam in einem Boot – und alle müssen ihren Beitrag leisten. Die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden muss bei Entscheidungen auf Kreisebene noch stärker berücksichtigt werden. Sonst verschieben wir die Probleme lediglich weiter, statt sie gemeinsam zu bewältigen.

IV. Personal und Verwaltung: Weniger Aufwand durch bessere Strukturen

Mit rund 49,5 Millionen Euro gehört der Personaletat zu den größten Ausgabenblöcken in unserem Haushalt. Aber: im interkommunalen Vergleich rangieren wir damit in Relation zu unseren Aufgaben bereits heute am absolut unteren Rand. Trotzdem können wir die geplanten Personalaufwendungen erstmals in unserer Geschichte und als eine der wenigen Kommunen gegenüber 2026 um rund 1,39 Millionen Euro reduzieren – trotz steigender Tariflöhne. Dahinter steht keine pauschale Sparvorgabe, sondern die Frage: Welche Aufgaben müssen wir erfüllen, und wie können wir sie einfacher und effizienter erledigen? Wir nutzen natürliche Fluktuation, überprüfen freiwerdende Stellen und vereinfachen Abläufe. Dabei zeigen unsere bisherigen Digitalisierungsaktivitäten bereits Erfolge: Prozesse werden effizienter, Verwaltungsleistungen einfacher zugänglich und unsere Beschäftigten bei Routineaufgaben entlastet. So können Bürgerinnen und Bürger in Backnang bereits heute zahlreiche Verwaltungsleistungen digital erledigen – etwa ihren Wohnsitz anmelden, eine Meldebescheinigung beantragen oder einen Wohngeldantrag stellen. Auch Termine im Bürgeramt und in unseren Stadtteilgeschäftsstellen lassen sich bequem online vereinbaren.

Freiwerdende Stelle sollen nur dann wiederbesetzt werden, wenn die damit verbundenen Aufgaben für die Funktionsfähigkeit der Stadt unerlässlich sind. Perspektivisch orientieren wir uns an dem Ziel, den Personalbestand jährlich um zwei Prozent zu reduzieren. Doch weniger Personal funktioniert dauerhaft nur mit weniger Aufgaben und weniger Bürokratie. Wer neue Vorschriften und Dokumentationspflichten beschließt, kann nicht erwarten, dass wir sie mit immer weniger Beschäftigten erfüllen. Entbürokratisierung muss endlich in unseren Rathäusern ankommen. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die diesen Veränderungsprozess mittragen. Unser Ziel ist keine Verwaltung, die einfach nur kleiner ist, sondern eine, die ihre Ressourcen besser einsetzt und für Backnang leistungsfähig bleibt.

V. Investieren trotz knapper Kassen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie entwickeln wir Backnang trotz angespannter finanzieller Rahmenbedingungen weiter? Wir halten 2027 und 2028 an einem

umfangreichen Investitionsprogramm fest. Im Mittelpunkt stehen bereits geplante und finanzierte Vorhaben, notwendige Sanierungen und der Erhalt unserer Infrastruktur. Dazu zählen die Weiterentwicklung unserer Friedhöfe, die Ausstattung und Gebäude der Feuerwehr, Maßnahmen am Bahnhof und an unserer Vereinsinfrastruktur sowie Straßen, Radwege und der barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen. Auch die Sanierung unseres Stadtturms und des Turmschulhauses sowie die großen Baustellen, insbesondere an der B14 und am Bahnhof, prägen die Entwicklung Backnangs. Gleichzeitig geht es beim Wohnungsbau voran: an der Oberen Walke, in der Schöntaler Straße und mit den weiteren Projekten unserer städtischen Wohnbau – allesamt mit einem nennenswerten Anteil an bezahlbarem Wohnraum.

Eigene finanzielle Spielräume haben wir dafür kaum noch. Umso wichtiger sind die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes: Für Backnang stehen über mehrere Jahre rund 22,4 Millionen Euro in Aussicht. Hinzu kommen weitere Zuschüsse. Man könnte sagen: Die Zuschussakquise ist so etwas wie das liebste Hobby unserer

Rathausmann- und -frauschaft geworden! Und wir sind gut darin, ich würde sogar sagen sehr gut – rund 100 Millionen Euro an Fachförderprogrammen stehen aktuell in der Beantragung, Bearbeitung oder Umsetzung! Gleichzeitig konnten wir die geplanten Kreditneuaufnahmen gegenüber der bisherigen Finanzplanung reduzieren. Entscheidend ist, dass wir die dringend notwendigen Maßnahmen geordnet angehen und vorhandene Fördermittel gezielt einsetzen. Auch geförderte Projekte verursachen Folgekosten. Deshalb investieren wir dort, wo es notwendig ist und wir es langfristig verantworten können – insbesondere in Bildung, Betreuung, den Schutz vor Hitze, Starkregen und Hochwasser sowie in eine verlässliche Infrastruktur.

VI. Bildung, Betreuung und Hitzeschutz

Ein wichtiger Schwerpunkt bleibt unsere Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Denn gute Lern- und Betreuungsbedingungen sind eine Investition in die Zukunft unserer Stadt. Ein Thema, das dabei zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist der Hitzeschutz. Gerade im vergangenen Rekordhitzesommer haben

wir erlebt, wie stark sich unsere Gebäude und öffentlichen Flächen aufheizen. Das beeinträchtigt nicht nur das Lernen und Arbeiten, sondern auch das Wohlbefinden der Menschen, die sich täglich dort aufhalten.

Deshalb haben wir die Thematik des Hitzeschutzes bereits aufgegriffen. Gemeinsam mit einem spezialisierten Planungsbüro entwickeln und planen wir derzeit konkrete Maßnahmen zur Temperierung unserer städtischen Gebäude. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf unseren Schulen und Kindertageseinrichtungen. Aber auch weitere städtische Gebäude, insbesondere unsere Verwaltungsgebäude, nehmen wir in einem zweiten Schritt in den Blick. Nachdem wir Ihnen die Maßnahmen zu Beginn des kommenden Jahres vorgestellt haben, wollen wir bereits 2027 erste Maßnahmen an ausgewählten Gebäuden umsetzen. Dafür planen wir geförderte Investitionen über die kommunale Klimamilliarde des Landes zu tätigen. Weitere Maßnahmen sollen in den Folgejahren schrittweise und entsprechend den festgelegten Prioritäten folgen. Ein umfangreicher Förderbescheid ermöglicht uns

zudem zusätzliche Baumpflanzungen und Flächenentsiegelungen auf öffentlichen Flächen, insbesondere auf unseren Schulgeländen. Gleichzeitig treiben wir mit energetischen Gebäudesanierungen und dem Ausbau von Photovoltaik den Klimaschutz voran und senken langfristig unsere Energiekosten spürbar. Dabei müssen wir die unterschiedlichen baulichen Voraussetzungen berücksichtigen und Lösungen entwickeln, die sowohl wirksam als auch wirtschaftlich tragfähig sind. Denn eines ist klar: Der Schutz vor zunehmender Sommerhitze ist keine Frage des Komforts. Es geht darum, auch künftig gute Bedingungen für das Lernen, die Betreuung und die Arbeit in unseren städtischen Gebäuden sicherzustellen. Und genau diese Verantwortung müssen wir trotz aller finanziellen Herausforderungen wahrnehmen.

VII. Hochwasserschutz: Vorsorge statt späterer Schadensbewältigung

Meine Damen und Herren,

es gibt Investitionen, deren Erfolg man erkennt, wenn trotz katastrophaler Ereignisse nichts passiert. Der Hochwasserschutz gehört dazu: wenn Keller trocken bleiben, Straßen nicht überflutet werden und Menschen vor Schäden bewahrt werden. Deshalb halten wir an unseren Maßnahmen fest. Für das Rückhaltebecken Brunnenwiesen am Eckertsbach, das Mitte 2027 fertiggestellt werden wird, sind im kommenden Jahr noch rund 500.000 Euro vorgesehen. Für das Rückhaltebecken Seehau planen wir 2027 und 2028 weitere 1,5 Millionen Euro ein. Hinzu kommen innerörtliche Maßnahmen an der Weissach-Mündung, am Mühlkanal und beim Biegel-Wehr für 2,75 Millionen Euro. An den überörtlichen Hochwasserrückhaltebecken Oppenweiler beteiligen wir uns mit rund einer Million Euro. Insgesamt investieren wir rund 5,75 Millionen Euro in den kommenden Jahren in den Hochwasserschutz. Das ist viel Geld. Aber ein Hochwasser fragt nicht, ob der Haushalt angespannt ist. Schäden zu verhindern ist eigentlich immer günstiger, als sie später zu beseitigen. Vor allem aber geht es um den Schutz von Menschen, Wohnungen, Betrieben und unserer Infrastruktur. Gerade bei solchen Aufgaben dürfen wir Vorsorge nicht

auf bessere finanzielle Zeiten verschieben. Für das Starkregenrisikomanagement sind in 2027 50.000 Euro eingestellt. Damit werden wichtige Maßnahmen zur geordneten Steuerung der Starkregenabflüsse in der Calwer Straße in Unterschöntal finanziert, die unmittelbar den dort lebenden Anwohnern zugutekommen. Zu diesem Zweck haben wir bereits im vergangenen Jahr ein privates Grundstück erworben, um dort Maßnahmen umzusetzen. Weitere Maßnahmen in den Schöntalen und an anderen gefährdeten Stellen in der Gesamtstadt werden in den kommenden Jahren folgen.

VIII. Unsere Innenstadt: Sauberkeit, Sicherheit, Aufenthaltsqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ob sich die Menschen in ihrer Stadt wohlfühlen, entscheidet sich nicht nur an großen Bauprojekten und Investitionen. Manchmal entscheidet es sich schon daran, ob ein öffentlicher Platz sauber ist, ob eine Unterführung gut beleuchtet ist oder ob man sich auf dem

Heimweg sicher fühlt. Denn die Lebensqualität einer Stadt zeigt sich gerade auch im Alltag. Unsere Innenstadt ist das Herz Backnangs. Hier wird eingekauft, gearbeitet, gefeiert und miteinander gelebt. Deshalb wollen wir sie als lebendigen und attraktiven Ort erhalten und weiter stärken. Dazu gehören ein vielfältiger Einzelhandel, unsere hervorragende Gastronomie und Veranstaltungen aller Art. Aber eben auch Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit. Und wo es Probleme gibt, müssen wir sie ansprechen und handeln. Ein konkretes Beispiel sind die illegalen Müllablagerungen an unseren Wertstoffcontainern. An den Standorten in der Industriestraße und der Sulzbacher Straße haben wir eine Videoüberwachung eingerichtet. Nach Einschätzung unseres Baubetriebshofs hat sich die Menge illegal abgestellten Mülls dort bereits um mindestens 50 Prozent reduziert. Das zeigt: Wenn wir konsequent handeln, können wir etwas verändern. Deshalb möchte ich im kommenden Jahr die Videoüberwachung an weiteren besonders belasteten Standorten ausweiten. Auch das Bahnhofsumfeld und unsere Innenstadt möchte ich dabei in den Blick nehmen – und mit der klaren Maßgabe, dass wir uns nicht selbst Hürden bei der Begründung oder dem

Datenschutz auferlegen. Pragmatismus ist das Gebot der Stunde und wer sich korrekt verhält, hat auch nichts zu befürchten! Gerade unser Bahnhof verdient besondere Aufmerksamkeit. Er ist für viele Menschen der erste Eindruck von Backnang. Und unsere Visitenkarte sollte einen guten Eindruck hinterlassen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit der Landes- und Bundespolizei prüfen, wie wir die Situation am Bahnhof und insbesondere in der Unterführung mit zusätzlicher Videoüberwachung weiter verbessern können. Dabei ist mir eines wichtig: Sicherheit entsteht nicht allein durch Kameras. Sie entsteht auch durch sichtbare Präsenz, durch unseren kommunalen Vollzugsdienst, durch die Zusammenarbeit mit der Polizei und durch qualitätvoll gestaltete öffentliche Räume, die gut beleuchtet, übersichtlich und gepflegt sind. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Ein weiteres Ärgernis sind illegale Graffiti. Sie beschädigen unser Stadtbild und verursachen Kosten – häufig gerade für private Eigentümer. Deshalb werden wir Ihnen vorschlagen, nach dem Vorbild Stuttgarts ein Fördermodell zu entwickeln, das private Eigentümer pragmatisch bei der Beseitigung illegaler Graffiti unterstützt. Denn neben der konsequenten

Verfolgung von Sachbeschädigungen kann es sinnvoll sein, auch Anreize für eine schnelle Beseitigung zu schaffen. Ob und in welcher Form wir ein solches Programm finanzieren können, müssen wir natürlich sorgfältig abwägen, aber auch hier bin ich überzeugt: der Nutzen überwiegt die Kosten bei Weitem.

Meine Damen und Herren,

Backnang ist eine lebenswerte Stadt. Und genau deshalb sollten wir bei Sauberkeit, Sicherheit und Aufenthaltsqualität nicht nachlassen. Wir müssen unsere Stadt nicht schlechtreden, um Probleme ernst zu nehmen. Aber wir dürfen Probleme auch nicht kleinreden, wenn wir sie lösen wollen. Mein Ziel ist eine Innenstadt, in der sich Menschen aller Generationen gerne aufhalten – zum Einkaufen, zum Arbeiten, zum Ausgehen oder einfach, um sich zu begegnen.

Wir sind eine Stadt mit 38.615 (Stand 30.09.2026) Einwohnern aus 126 Ländern. Die demographische Veränderung betrifft auch uns und sie wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verstärken.

Eine Gesellschaft, die im Wandel ist, braucht eine starke, attraktive und leistungsfähige Kommune, und wir benötigen weiterhin gut ausgebildete und engagierte Menschen vor Ort. Ich werde mich als Oberbürgermeister weiterhin ganz entschieden dafür starkmachen, dass jede und jeder bei uns herzlich willkommen ist, der sich an unsere Regeln hält und perspektivisch selbst für seinen Lebensunterhalt sorgt. Denn nicht die Herkunft eines Menschen ist entscheidend, sondern vielmehr dessen Haltung.

IX. Was wir von Bund und Land erwarten

Meine Damen und Herren,

wir sparen, wir überprüfen Aufgaben, wir verändern Strukturen und setzen Prioritäten. Aber aus einer strukturellen Finanzkrise können sich die Kommunen nicht allein heraussparen. Wir brauchen von Bund und Land mehr als kurzfristige Hilfsprogramme: eine dauerhaft verlässliche Finanzausstattung, Entlastung bei den Sozialausgaben und weniger Bürokratie. Vor allem muss gelten: Wer bestellt, bezahlt. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet, vor Ort selbst gestalten zu

können – nicht nur anderswo beschlossene und unzureichend finanzierte Aufgaben umzusetzen. Wenn Kommunen ihre stattlich versprochenen Leistungen nicht mehr zuverlässig erbringen können, leidet auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates. Die Stärkung unserer Städte und Gemeinden ist deshalb auch eine Frage der Demokratie.

X. Zuversicht und gemeinsamer Gestaltungswille

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir uns die aktuellen Schlagzeilen, die finanzielle Situation anschauen, wenn wir über steigende Kosten, fehlende Mittel, Bürokratie und immer neue Herausforderungen sprechen, dann könnte man manchmal den Eindruck gewinnen, dass in unserem Land eigentlich nichts mehr funktioniert.

Aber das stimmt nicht. Wir können stolz, froh und dankbar sein, in dieser Stadt und in diesem Land zu leben.

Bei allen Herausforderungen haben wir leistungsfähige Unternehmen, eine funktionierende Stadt mit zahlreichen wunderbaren Angeboten sowie hoch engagierte Bürgerinnen und Bürger. Es gibt bei uns leistungsbereite Ehrenamtliche, wir haben die Hilfsorganisationen und profitieren von den vielen Menschen, die sich jeden Tag für andere einsetzen, beispielsweise in der Bildung, Erziehung, im Handwerk oder in der Pflege. Wir haben eine aktive Bürgerschaft, die sich für ihre Stadt interessiert und ihre Zukunft mitgestalten möchte, eine starke Vereinslandschaft sowie hervorragende Beschäftigte in unserem Haus, die jeden Tag Verantwortung übernehmen. Wir haben vieles, worauf wir stolz sein können.

Natürlich müssen wir Probleme benennen. Natürlich müssen wir Fehlentwicklungen kritisieren. Und natürlich müssen wir Veränderungen einfordern. Aber wir dürfen nicht in einer Haltung verharren, in der grundsätzlich alles schlechtgeredet wird.

Wir brauchen wieder mehr Zutrauen in die eigene Leistungsfähigkeit.

Wir brauchen den Mut, Dinge anzupacken, Entscheidungen zu treffen und auch einmal etwas auszuprobieren.

Wer Verantwortung trägt, muss auch an Lösungen arbeiten. Gerade wir als Kommunalpolitiker wissen, dass es nicht immer einfache Antworten gibt. Aber wir wissen auch, dass man mit Engagement, Pragmatismus und Zusammenhalt sehr viel erreichen kann.

Das erleben wir jeden Tag in unserer Stadt. Deshalb sollten wir trotz aller Schwierigkeiten mit Zuversicht nach vorne schauen. Nicht naiv. Nicht blauäugig. Sondern mit einem realistischen Blick auf die Herausforderungen und mit dem festen Willen, sie zu bewältigen.

Deshalb möchte ich zum Abschluss allen danken, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben. Den Mitgliedern des Gemeinderats für die intensiven und konstruktiven Beratungen. Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Unserem Ersten Bürgermeister Stefan Setzer, den Dezernenten Regine Wüllenweber und Timo Mäule sowie unserer gesamten Führungsmannschaft, unserem Stadtkämmerer

Alexander Zipf und seinem Finanzteam. Und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Stadtverwaltung, unserer Eigenbetriebe und Gesellschaften, die tagtäglich Verantwortung für Backnang übernehmen.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt 2027 verlangt uns einiges ab. Wir werden nicht alle Wünsche erfüllen können. Wir werden manches zurückstellen und auch auf manches verzichten müssen. Aber wir werden weiter in unsere Schulen und Kindertageseinrichtungen und damit in die nächste Generation investieren. Wir werden unsere Stadt Schritt für Schritt an die Klimafolgen anpassen. Wir werden unsere Infrastruktur erhalten und uns für eine lebendige, saubere und sichere Innenstadt einsetzen. Der soziale Zusammenhalt ist die Basis für ein friedvolles Zusammenleben. Deshalb haben wir auch in Zukunft alle Menschen in unserer Stadt im Blick. Und wir werden dabei ein starkes Augenmerk auf unsere finanziellen Möglichkeiten sowie die Genehmigungsfähigkeit der kommenden Haushalte haben. Unser

Ziel ist nicht, Backnang kleiner zu denken. Unser Ziel ist, unsere Möglichkeiten vorausschauend zu nutzen. Die schwierige Haushaltslage ist kein Grund, den Mut zu verlieren. Sie ist Anlass, noch genauer hinzuschauen, Chancen zu ergreifen und jetzt kluge Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Denn eines ist für mich entscheidend: Wir können nicht alles machen. Aber wir können das Richtige machen. Dafür brauchen wir Realismus bei den Zahlen, Klarheit bei den Prioritäten und den Mut, notwendige Veränderungen anzugehen. Ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen und auf die weitere konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt. Lassen Sie uns wie bisher mit Verantwortung entscheiden – und mit Zuversicht an der Zukunft Backnangs arbeiten. Herzlichen Dank.